

Gefühlte (Un-)Sicherheit

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius rät bei Veranstaltung in Lüneburg zu mehr Vorbeugung

Lüneburg. Sicherheit ist oft etwas Gefühltes. Eine kaputte Straßenlaterne kann einen Weg düster und unheimlich erscheinen lassen – also Licht an. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius weiß, wovon er spricht. Der 56-Jährige war mehrere Jahre Oberbürgermeister von Osnabrück. In diesem Amt kennt man die Sorgen der Bürger und muss sie praktisch lösen. Jetzt war der Sozialdemokrat auf Einladung seiner Genossen im „Bergström“. Sein Thema: Sicher leben in der Region – ist unser Grundvertrauen gestört? Er umriss drei Bereiche: Einbrüche, Cyber-Kriminalität und Terrorismus.

Die Einbruchszahlen in Niedersachsen seien gestiegen. „Das ist ein ernstes Thema“, sagte der Minister. Denn wenn Fremde in ein Haus eindringen, werden die Opfer nicht nur bestohlen, auch ihr Vertrauen wird erschüttert. Denn Täter durchwühlten auch Wäsche und private Dinge. Einer sogenannten Dunkelfeld-Studie zufolge fürchte ein Fünftel der Menschen zwischen Harz und Heide, von Einbrechern heimgesucht zu werden. Laut Statistik



Martin Hellweg (v.l.) von der Gewerkschaft der Polizei, Christiane Scholl, Geschäftsführerin des Kriminalpräventionrats, sowie die SPD-Kreistagskandidaten Andrea Schröder-Ehlers und Franz-Josef Kamp nehmen Innenminister Boris Pistorius in ihre Mitte.

Foto: ca

liege das tatsächliche Risiko aber nur bei 0,4 Prozent.

Die Empfehlung des Ministers: Prävention. Besserer Schutz gegen Einbrecher sei gerade bei Neubauten für relativ kleines Geld zu haben und wirke abschreckend. In den Niederlanden würden gar entsprechende Vor-

gaben für Bauherren gemacht.

Vorbeugen soll auch bei Cyber-Kriminalität helfen. Das gelte für den Nutzer zu Hause, der oft nicht mal eine Firewall für seinen Rechner habe als auch für Unternehmen und Behörden. Pistorius empfiehlt Firmen, sich bei Attacken zügig an die Polizei

zu wenden. Auch eine bessere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sei notwendig, da Kriminelle über Landesgrenzen hinweg agierten.

Gegen Terrorismus gebe es keinen umfassenden Schutz, sagte Pistorius. Zudem sei die Bekämpfung schwieriger geworden,

da beispielsweise Islamisten wie vor Monaten in Paris, Brüssel und Nizza willkürlich zuschlugen und es jeden treffen könne.

Der Minister plädierte für Besonnenheit und das Festhalten an demokratischen Werten: „Wir dürfen unsere Freiheit nicht aufgeben.“ Und die Gesellschaft sollte nicht alle Moslems unter Generalverdacht stellen. So sei die Forderung, eine Vollverschleierung von Frauen zu verbieten, nutzlos: „Ich kenne keinen Fall, bei dem eine Burka-Trägerin einen Anschlag verübt hat.“ Gleichwohl halte auch er es für richtig, dass Frauen die Verhüllung abnehmen, wenn sie beispielsweise zu Behörden gehen. Und: Es sei nicht richtig, dass die Flüchtlinge den Terror mitbrachten, „der war schon vorher da“.

Wenngleich Pistorius die These vertritt, dass mehr Polizei nicht dazu beitragen würde, beispielsweise Anschläge zu verhindern, sagte er, dass das Land in den kommenden drei Jahren 800 zusätzliche Polizisten einstellen wolle. Doch bis die einsatzfähig seien, vergingen drei Jahre Ausbildungszeit. ca